

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonellzeile oder deren Raum 1,00 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 M., Reklame-Kolonellzeile 7,50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue polnische Waffenerfolge.

Die gegenrevolutionäre Gefahr in Ostpreußen. Orgesch- und nationalbolschewistische Hochspielarbeit.

Berlin, 20. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent telegraphiert unterm 19. August aus Königsberg: „Die Lage in Ostpreußen ist sehr ernst. Die Gefahr der bewaffneten reaktionären Organisationen wird dadurch vergrößert, daß sie sämtlich der Orgesch angegeschlossen sind, die über 40 000 Bewaffnete und 200 000 Waffen verfügt. Die Leitung des Selbstschutzverbandes liegt in den Händen des entlassenen Sipo-Offiziers Bruen. Die Gewerkschaften beginnen eine Gegenorganisation. Der Oberpräsident versucht einen Ausgleich zu schaffen durch einen Aufruf zur Bildung von Grenz- und Ortswachen. Er berief einen Provinzial-Wehrsausschuß ein. Die Verhandlungen, die zwischen den Deutschnationalen bis zu den Rechtssozialisten stattfanden, verliefen erst günstig. Offenbar auf einen Wink aus München verhielt sich die Orgesch plötzlich ablehnend. Die Deutschnationalen, das Zentrum und die Deutschen Volksparteier erklärten den Austritt aus dem Ausschuß. Der Oberpräsident war daraufhin allein auf die Demokraten und die Rechtssozialisten angewiesen. Er hält aber trotzdem eine Verständigung für wahrscheinlich, da die Orgesch als Träger der bestehenden Organisationen alle Mittel in der Hand behält. Die Unabhängigen lehnen jede Beteiligung ab, da in den zu bildenden Ausschüssen sich eine bürgerliche Mehrheit befindet, die somit alle Machtmittel sowie die Auslegung und Handhabung der Bestimmungen bei der Orgesch in der Hand hat. In den Städten, in denen die Arbeiterschaft eine Mehrheit hat, werden keine Ortswachen gebildet, da angeblich genug Sipo-Leute vorhanden sind. Dafür werden die dortigen Ortswachtruppen als Grenzschutz verwandt. Es wird also eine Verschiebung der Arbeiter auf das Land und eine Zerspaltung vorgenommen. Die Situation ist infolgedessen sehr gespannt. Orgesch-Spitzen treiben zu offenen Konflikten. Sie propagieren nationalbolschewistische Experimente ganz offen. Teils fordern sie in zerlumpter und zerrissener Matrosenuniform zur Bildung einer Räterepublik auf. Diese Maßnahmen sind bei der Erregung der Arbeiterschaft und infolge der Nähe des Kriegsschauplatzes höchst gefährlich. Die leitenden Parteikreise der USP. warnen vor allen unbesonnenen Experimenten und suchen mit aller Energie die Arbeiterschaft ruhig und besonnen zu erhalten unter Hinweis darauf, daß politisch und militärisch den Russen alle irdischen Experimente höchst unbequem seien. In der Hartungischen Zeitung wird heute, offenbar offiziell, gefragt: Woher nehmen die Orgesch und die Ortsschutzverbände ihre Millionen? Im polnischen Korridor herrscht eine gewisse Nervosität. Die Bahnkontrolle ist lässig. Frühlingsschüsse befinden sich auf allen Bahnhöfen. Es sind Aufrufe erschienen, sich an die Front zu melden. Die Berliner Weichselbrücke ist militärisch bewacht, da Gerüchte über Sprengungsabsichten laut geworden sind.

Die polnische Gegenoffensive.

London, 18. August. Reuters meldet: Die Schlacht vor Warshan scheint zugunsten der Polen ihren Fortgang zu nehmen. Die Polen haben das Fort Nowominsk genommen.

Die Eröffnung der Verhandlungen in Minsh.

Berlin, 20. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne meldet unterm 19. August: Am 17. August wurde in Minsh die Friedenskonferenz eröffnet. Der Vorsitzende der russischen und ukrainischen Delegation Danische wski hielt die Eröffnungsrede. Er gab eine Geschichte der russisch-polnischen Beziehungen und wies auf die Versuche der Sowjetregierung hin, die auf den Abschluß eines Friedens hingielen. Danische wski sagte, daß die Sowjetregierung nicht anders gekonnt habe, als nur die Waffe zum Kampf gegen den Feind im Grunde mit der ukrainischen Regierung zu ergreifen. „Die Note Fahne hat den schwachen Kampf gegen den neuen Versuch des Weltimperialismus, Sowjet-Rußland und die Ukraine zu erziehen, aufgenommen, aber die russische Regierung kommt allen Friedenswünschen, wie immer entgegen. Wir sind keine Eroberer. Wir werden die Grenzen Polens räumen, wenn wir die nötigen und tatsächlichen Garantien dafür erhalten werden, daß die polnische Regierung auf den Eroberungsplan verzichtet hat, und entschlossen ist, zur friedlichen Mitarbeit überzugehen. Sowjet-Rußland wünscht in voller Friedensliebe und im Gefühl der brüderlichen Solidarität mit dem arbeitenden Bauerntum und der Arbeiterklasse Polens nur die Herstellung von brüderlich nachbar-

lichen Beziehungen mit Polen. Aber wir müssen uns vor neuen Ueberfällen sichern. Das arbeitende Polen kann gewiß sein, daß sein treuester Freund, der von brüderlichen Gefühlen zu ihm erfüllt ist, Sowjet-Rußland und die Sowjet-Ukraine der Arbeiter und Bauern ist.“

Amsterdam, 19. August. Der polnische Mitarbeiter des Evening Standard erzählt aus guter Quelle, daß die polnischen Delegierten sich weigern, der Bedingung betreffend Entlassung des polnischen Heeres zuzustimmen, wenn die Russen nicht ebenfalls zur Entlassung übergehen. Ferner sollen die Polen nicht bereit sein, Erleichterungen für den Verkehr zwischen Rußland und Deutschland durch polnisches Gebiet zuzugehen.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 20. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung meldet unterm 19. August aus Oppeln: General Gatten, der von General Perond nach Kattowich entsandt ist, besah, daß der Belagerungszustand in verschärfter Weise durchgesetzt wird und ordnete an, daß die französischen Truppen das Theater und den Ring besetzen. Es kam während des Nachmittags wiederum zu Zusammenstößen mit den Truppen und zu Waffengebrauch. Mehrere Personen sind getötet und verwundet worden. Um 8 Uhr abends hatte der General die Spitzen der Behörden, den Polizeipräsidenten, den Chef der Sicherheitspolizei und Vertreter des Bürgermeisters und die Führer der Gewerkschaften zu sich geladen und hielt eine Ansprache, in der er ungefähr folgendes sagte: Als zivilisierte Nation werden Sie durch die Unterchrist Ihrer Vertreter verpflichtet. Seit 8 Monaten aber sehen wir hier nur ein Spiel verfolgen, das Wort nicht zu halten, das die Vertreter in Ihrem Namen gegeben haben. Die Grenze unserer Geduld ist erreicht, und wir werden nicht weiter nachgeben. Dafür mit aller Macht zu sorgen, bin ich hierher gekommen. Bevor ich die strengsten Maßnahmen ergreife, die mit der Verhängung des verschärften Belagerungszustandes zusammenhängen, halte ich es aber für nötig, Sie darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen diese Maßnahmen für Sie und Ihre Familien und auch für Ihren Staat haben könnten und welchen Eindruck das auf die ganze Welt machen kann. Ihre verlogene Presse beschimpft uns, aber wir sind hier nur dazu da, um die Ruhe zu erhalten, und wir werden sie vollständig gegen allen Widerstand erhalten. Ich vertraue darauf, daß Sie mir in meiner Aufgabe helfen werden, halte es aber für nötig, Sie darauf hinzuweisen, daß ich, wenn sich die Unruhen wiederholen, Sie als Geiseln festnehmen werde. Wir sind keine Muttergötter, aber wir werden die größte Strenge walten lassen. Wer sich nach 8 Uhr abends auf der Straße zeigt, spielt mit seinem Leben. Ebenso diejenigen, die zu größeren Ansammlungen Veranlassung geben.

Nach der im scharfen Ton gehaltenen Ansprache erklärte der General, daß die Herren entlassen seien. Nachdem die Führer der Gewerkschaften und noch mehrere andere Vertreter der Behörden den Wunsch geäußert hatten, sich mit dem General auszusprechen, willigte er schließlich ein, mit einigen Herren die Frage noch vertraulich zu besprechen. Die deutschen Behörden tun ihr Möglichstes, um neue Unruhen zu vermeiden. Da die Sicherheitspolizei sehr schwach ist und zu ihrer Aufgabe nicht ausreicht, hat sie das Anerbieten der Gewerkschaftsführer angenommen, daß 200 Mitglieder der Gewerkschaften Polizei- dienste leisten.

Kattowich, 19. August. (TL.) Das französische Militär hat sich in die Kasernen zurückgezogen und verbarrikadiert. Am Mittwochabend war die Stadt ruhig, doch finden noch immer größere Ansammlungen statt. Heranziehenden polnischen Strohtrupps aus Bogoschütz wurden von Kattowich Sicherheitspolizei entgegen geschickt, besetzt von bewaffneten Krawallisten, die sie aufhalten sollten. Es liegen Anzeichen vor, daß seitens der Polen eine Gegenaktion im Gange ist, die weitere ober-schlesische Städte in Mitleidenschaft ziehen würde. Gestern hat eine Geheimfaktion der polnischen Führer stattgefunden, die wichtige Beschlüsse gefaßt hat.

Beuthen, 20. August. Kattowich war gestern nachmittag ruhig. Der Theaterplatz wurde durch französische Kavallerie und Infanterie mit einem Panzerauto besetzt. Patrouillen mit aufgepflanztem Seitengewehr durchziehen die Straßen. Die Sicherheitspolizei ist verhäkelt worden. Italienische Truppen sind eingetroffen. Das Plebiszitkommissariat für Deutschland erläßt einen Aufruf, worin die deutschdenkenden Oberschlesier aufgefordert werden, Ruhe zu bewahren und Gewalt zu vermeiden.

Berlin, 20. August. Wie eine mehrheitssozialistische Korrespondenz erzählt, wird die Situation in Kattowich vom Staatssekretär für öffentliche Ordnung nach wie vor als ernst und äußerst bedrohlich angesehen.

Die Sozialisten fordern sofortige Abstimmung.

In Breslau veranstalteten die drei sozialdemokratischen Parteien am Donnerstagabend auf dem Schloßplatz eine Massendemonstration gegen die Vorgänge in Oberschlesien. Die Redner forderten u. a. sofortige Abstimmung in Oberschlesien und Kontrolle über die Waffentransporte der Entente durch Deutschland.

Anklage.

B. A. Im Laufe der letzten Wochen sind in verschiedenen großen Werken Ausschreitungen eines Teiles der Arbeiterschaft vorgekommen, die in der Mißhandlung von Direktoren, Sabotageakten oder dergleichen gipfelten und inzwischen von einem Teile der bürgerlichen Presse zu einer Kampagne gegen die Arbeiter ausgegliedert worden sind. Auch in den bürgerlichen Organen, die vom Spartakistenschreck nicht unbeeinträchtigt sind und nicht jeden Tag an einer anderen Ecke des Landes eine „rote Armee“ amarschieren sehen, hat man angefangen dieser Vorkommnisse scharfe Kritik an der „maßlosen Aufhebung“ durch die sozialistische Presse und die Versammlungsagitatoren geübt. Der „aufrichtigen Arbeiterschaft“, die derartigen Vorgängen nachher ablehnend gegenübersteht, wurde in einzelnen Publikationen vor Augen geführt, welche Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung sich aus derartigen Geschehnissen ergäbe.

Zu dieser Frage muß von der sozialistischen Presse Stellung genommen werden, um einer Kritik, die immer wieder an den bei derartigen Aktionen zutage tretenden Erscheinungen haftet, entgegenzutreten und schonungslos auf die Ursachen hinzuweisen, aus denen heraus es zu derartigen Ausschreitungen kommt. Es genügt nicht, zu erklären, daß Sozialismus und Sozialisierung nicht das geringste mit Vorgängen dieser Art zu tun haben, sondern es muß gezeigt werden, wo die Schuld an diesen Dingen zu suchen ist und welche Mittel einzig und allein dazu dienen können, die Wurzel zu treffen und auf diese Weise eine wirkliche Heilung herbeizuführen, ohne daß wir deswegen im Kampf gegen diese Geschehnisse in unseren eigenen Reihen erlahmen und darauf verzichten, der Arbeiterschaft zu zeigen, daß dadurch der großen, allgemeinen Bewegung, auf deren Geschlossenheit und Disziplin es ankommt, bedeutender Schaden zugefügt wird.

Immer wieder ist von der sozialistischen Presse, den Gewerkschaften und parlamentarischen Vertretern nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Verelendung des arbeitenden Volkes, die eine unmittelbare Folge der sozialen Unordnung ist, unter der wir leben, nicht ohne schwere Rückwirkungen auf die geistige Verfassung der Arbeiterschaft bleiben könne. Wenn wir von vereinzelt Ausschreitungen dieser Art lesen, dann staunen wir höchstens darüber, daß unser Volk noch so stark und innerlich gesund geblieben ist, um ein derartiges Geschehen zu einem Einzelvorkommnis zu machen. Gehört denn nicht eine übermenschliche Geduld dazu, mit anzusehen, wie einzelnen Schichten der Gesellschaft alle Güter in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen, während die Massen des Volkes unter einer kaum zu übersehenden Not leiden? Ist nicht die ganze, der sozialistischen Aufklärung zu verdankende, Einsicht der Zwecklosigkeit von Putzen und Revolten notwendig, um sich nicht immer erneut dagegen zu empören, daß Fabriken für Bekleidungsstücke, Kleiderstoffe und Schuhwerk geschlossen werden oder mit verkürzter Schicht arbeiten, während Arbeitskräfte und Produktionsmittel vorhanden sind und der Mangel an diesen Waren bereits katastrophal zu werden beginnt? Welche heroischen Widerstände muß der Arbeiter oder die Arbeiterin, deren Kinder halbbeleidet und unterernährt umherlaufen, den nur zu natürlichen Instinkten der Auflehnung, der Zerstörung entgegensetzen, wenn sie sehen, daß von Woche zu Woche die Kosten der Lebenshaltung emporschnellen, während eine auf die Hälfte oder zwei Drittel verringerte Arbeitszeit kaum die notwendigsten Mittel zur Beschaffung der nicht in entferntesten ausreichenden rationierten Lebensmittel liefert?

In diesen Verhältnissen liegen die Ursachen einer oft fessellosen Empörung, die über die Köpfe der einsichtigen Führer hinweggeht und sich zumeist auch nur gegen Symbole des tiefempfundenen Unrechts statt gegen die wahren Schuldigen richtet. Es ist dieselbe Empörung, die englische Arbeiter um die Wende des 19. Jahrhunderts zur Zerstörung der für sie nur Anheil bringenden neuen Maschinen trieb oder die schlesischen Leineweber zu Hungerrevolten emporsagte. Die Gesellschaft, welche ihnen die Möglichkeit einer ausreichenden Existenz vorenthielt und auf ihrem Rücken zu Wohlstand kam, war bei allen diesen Vorgängen der Vergangenheit die einzige Schuldige und unsere moderne Gesellschaft, die um der Aufrechterhaltung ihrer Klassenstruktur, ihrer kapitalistischen Gewinninteressen willen die großen Massen des Volkes im Elend hält, trägt vor der Welt die volle Schuld an allen bitteren und schmerzvollen Geschehnissen der Gegenwart. Je weiter die Wirtschaftskrise, die der Krieg und die Nachkriegszerrüttung heraufbeschworen haben, voranschreitet, desto trauriger wird die